



Liebe Leserinnen und Leser,

die Zahlen sprengen jedes verkraftbare Maß: 400.000 Asylbewerber werden nach Schätzung der Bundespolizei in diesem Jahr in Deutschland Schutz suchen. Städte und Kommunen sind heillos überlastet. Ihnen fehlen Wohnungen, Schulen und Kitas. Die Ampel-Koalition jedoch bleibt untätig. Daher hat die CDU/CSU-Fraktion einen eigenen Antrag in den Bundestag eingebracht – mit Maßnahmen, wie die irreguläre Zuwanderung zu stoppen wäre. Hier kann die Ampel zeigen, ob sie es ernst meint mit der Zusammenarbeit. Unsere ausgestreckte Hand ist da.

Auch in Sachen Klimaschutz bleibt die Koalition weit hinter den Möglichkeiten zurück, wie beim Heizungsgesetz. Das hat sie trotz seiner Mängel und Lücken durch den Bundestag gepeitscht – ohne irgendwelche Verbesserungen zuzulassen. Was mich darüber hinaus beschäftigt hat, können Sie im Newsletter nachlesen. Ich wünsche eine angenehme Lektüre.

Herzliche Grüße,

Dr. Anja Weisgerber MdB



Antrag zum Wolfsmanagement
„Erst im Schadensfall
handeln ist zu spät“ > S. 2



Asyl- und Migrationspolitik
Gegen unkontrollierte
Zuwanderung > S. 3



CSU-Parteitag in München
Weisgerber wieder im
CSU-Parteivorstand > S. 13

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Antrag der CDU/CSU-Fraktion zum Wolfsmanagement

„Erst im Schadensfall handeln ist zu spät“



Der Deutsche Bundestag hat sich vergangene Woche mit einem **Antrag** der CDU/CSU-Fraktion zum Umgang mit dem Wolf befasst. Hierzu erklärt die umweltpolitische Sprecherin Anja Weisgerber: „Es muss endlich Schluss sein mit der Romantisierung des Wolfs. Die Population von Wölfen wächst ungebremsst. Der günstige Erhaltungszustand ist in Deutschland längst erreicht. Wölfe können für Menschen und vor allem Nutz- und Weidetiere gefährlich werden. Wir fordern daher, dass nicht nur sogenannte Problemwölfe bejagt werden. Generell müssen die Wolfsbestände kontrolliert

und klein gehalten werden. Die Bundesumweltministerin darf sich nicht länger hinter EU-Recht verstecken. Ein aktives Management zur Begrenzung der Bestände ist schon heute rechtlich möglich. Steffi Lemke muss das Problem endlich an der Wurzel packen. Unsere Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch. Kleinere Nachbesserungen im Umgang mit Problemwölfen sind lediglich Nebelkerzen. Nichtstun ist ein Schlag ins Gesicht der Weidetierhalter.“

Das ZDF-Morgenmagazin berichtete im Vorfeld der Debatte:

<https://www.zdf.de/nachrichten/zdf-morgenmagazin/wolfsjagd-in-deutschland-100.html>

Die Bundestagsrede von Anja Weisgerber zum Wolfsantrag finden Sie hier:

https://youtu.be/xcDGAItTvo?si=PpIYhu1fLmX_sMu3

Im Anschluss an die Sitzung stand Anja Weisgerber bei Welt-TV Rede und Antwort:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/video247626508/Zahl-der-gerissenen-Tiere-steigt-Erleichterter-Abschluss-von-Problem-Woelfen-reicht-nicht-aus.html>

Auch bei Servus-TV war Anja Weisgerber zu diesem Thema als Gesprächspartnerin im Studio:

<https://www.servustv.com/aktuelles/v/aazvn586sel3ds8mgxtc/>





Asyl- und Migrationspolitik

Deutschlandpakt gegen Zuwanderung

Die Zahlen sprengen jedes verkraftbare Maß: 400.000 Asylbewerber werden nach Schätzung der Bundespolizei in diesem Jahr in Deutschland Schutz suchen. Die Ampel-Koalition jedoch bleibt untätig. Anders dagegen die CSU: Angesichts der stark gestiegenen Zahl von Asylanträgen fordert Bayern vom Bund eine umfassende Strategie zur Begrenzung der Migration.

Mit Blick auf die steigenden Asylzahlen sowie die Hilferufe aus den Kommunen stellt Markus Söder fest: „Klar ist: Es braucht eine grundlegende Wende in der Migrationspolitik. Wir brauchen einen Deutschlandpakt gegen unkontrollierte Zuwanderung. Als CSU haben wir immer die gleiche konsequente Linie: Ja zu Humanität und Nein zu unkontrollierter Zuwanderung.“



Mehr dazu lesen Sie im aktuellen [CSU-Direkt](#).

Die CSU-Forderungen in der Zuwanderungspolitik:

- Effektiver Außengrenzschutz sowie Entscheidungszentren an den Außengrenzen.
- Grenzpolizei nach bayerischem Vorbild in ganz Deutschland.
- Ende der Ampel-Alleingänge mit Sonderaufnahmeprogrammen.
- Rückkehr zur Obergrenze von maximal 200.000 Asylanträgen pro Jahr.
- Deutlich mehr Rückführungen und mehr sichere Herkunftsstaaten.
- Mehr Sachleistungen statt Geldleistungen.
- Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit von Asylbewerbern.
- Asyl und Bürgergeld entkoppeln.

Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt mit ihrem [Antrag zum Stopp der irregulären Migration](#) erneut unter Beweis, dass sie sich als konstruktive Opposition versteht. Das Maßnahmenpaket ist ein Angebot zur Zusammenarbeit an die Koalition – falls das Angebot des Kanzlers ernst gemeint ist, die grundlegenden Probleme des Landes im Rahmen eines Deutschland-Paktes anzugehen.



Wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen

Deutschland aus der Baukrise führen

Deutschland ist in einer Wohnungsbaukrise: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in bedenklicher finanzieller Schieflage. Private Bauwillige sind massiv verunsichert und ziehen ihre Vorhaben zurück, da sie sich den Bau der eigenen vier Wände nicht mehr leisten können. Gleiches gilt für Investoren, da die Kosten für Bauprojekte nur durch Mieten refinanzierbar wären, die niemand mehr bezahlen kann.

Aber der Bedarf nach Wohnungen in Deutschland wächst. Die dramatische Lage der Bauwirtschaft wirkt sich unmittelbar auf den Wohnungsmarkt aus und führt dort zu steigenden Mieten und gesellschaftlichen Spannungen. Hinzu kommen auch hausgemachte Probleme durch die Politik der Bundesregierung: So hat die Ampel energetische Standards immer weiter verschärft und damit die Baukosten weiter in die Höhe getrieben. Gleichzeitig wurden etablierte Förderprogramme überraschend von heute auf morgen gestoppt oder mit wesentlich schlechteren Konditionen und weniger



verfügbaren Mitteln fortgeführt. So hat die Ampel beispielsweise das von CDU/CSU eingeführte und sehr erfolgreiche Baukindergeld vorzeitig gestoppt.

Deshalb hat die CDU/CSU-Fraktion diese Woche einen eigenen Antrag mit dem Titel „Deutschland aus der Baukrise führen – Jetzt wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen“ in den Bundestag eingebracht. Darin

fordert die Union die Bundesregierung unter anderem dazu auf, eine Sonderabschreibung für den sozialen Wohnungsbau einzuführen. Für Bauherren von selbstgenutztem Wohneigentum soll ein fünfprozentiger Abzug wie Sonderausgaben für energieeffiziente Wohngebäude eingeführt werden. Zudem soll den Ländern die Möglichkeit eröffnet werden, bei der Grunderwerbsteuer Freibeträge für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einzuführen. Auch bei der Erbschaftssteuer sollen die Freibeträge angehoben und die Möglichkeit der Regionalisierung der Steuer eröffnet werden. Weiterhin schlägt die Union vor, die bestehenden Förderprogramme im Bereich des Wohnungsbaus aufzustocken, die Zugangsvoraussetzungen dafür zu erleichtern und bis Ende 2027 keine neuen Vorschriften zu erlassen, die das Bauen unnötig verteuern oder verlangsamen würden.



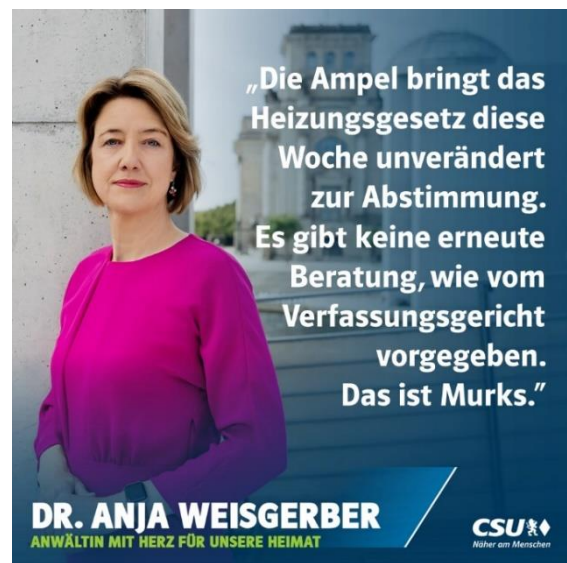
Ampel beschließt Heizungsgesetz trotz Mängel und Lücken

Bärendienst für den Klimaschutz

In der abschließenden Bundestagsdebatte zum Heizungsgesetz hat sich wieder gezeigt, dass die Ampel die Realitäten der Menschen in diesem Land völlig verkennt. Zwar spricht die Bundesregierung von einer wichtigen Entscheidung für den Klimaschutz, dabei hat sie die Menschen durch ihre mangelhafte Kommunikation im Gesetzgebungsprozess vor den Kopf gestoßen. Die Inhalte des Gesetzes waren lange unklar. Über Fristen, erlaubte Heizungsarten und zugelassene Brennstoffe wurden unter den Ampel-Parteien lange gestritten. Auch über die Bedingungen der angekündigten Förderung für den Heizungsaustausch besteht noch keine Klarheit. Es existieren lediglich einige Eckpunkte. Die Bedingungen für die Förderung werden voraussichtlich schlechter sein als die bisherigen, deren Grundlage noch die Unions-geführten Großen Koalition gelegt hatte.

Dennoch wird die Regierung nicht müde, das Gesetz zu loben. Geradezu vergessen scheint die Verunsicherung, die die Ampel durch ihr Vorgehen erzeugt hat. Nun ist das Gesetz zwar verabschiedet, aber die Verunsicherung ist nicht kleiner geworden. Es zeigt sich, dass die Ampel mit ihrem Vorgehen dem Klimaschutz einen Bärendienst erwiesen hat, denn aktuell werden mehr neue Öl- und Gasheizungen eingebaut als Wärmepumpen. Bislang war der Trend genau umgekehrt. Die Monate der Streitereien zwischen den Ampelparteien, der unprofessionelle und in Teilen auch unwürdige Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens im Parlament und die auch durch das Hick-Hack beim Heizungsgesetz erzeugte Stimmung im Land dominieren in der Öffentlichkeit das Bild. All das hat dazu geführt, dass dieses Gesetz polarisiert. Es ist geradezu ein Konjunkturprogramm für die Populisten in unserem Land.

Völlig in den Hintergrund tritt dabei das eigentliche Ziel des Gesetzes: CO₂-Einsparungen im Gebäudesektor. Wie sieht hier die Bilanz des Gesetzes aus? Genau kann die Bundesregierung das Einsparpotential des Heizungsgesetzes nicht beziffern. Im schlechtesten Fall werden bis zum Jahr 2030 rund 10 Mio. Tonnen CO₂ eingespart, so die Prognose. Im mittleren Fall der Prognose des Bundeswirtschaftsministeriums gibt es eine Einsparung von 5 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr. Allein die Abschaltung der letzten drei AKW verursacht hingegen 15 Mio. Tonnen CO₂ – pro Jahr. Es ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren Fördermittel in Milliardenhöhe für den Heizungsaustausch benötigt werden. Milliarden, um in sieben Jahren im Idealfall so viel CO₂ einzusparen, wie das Weiterlaufen der drei AKW in einem Jahr eingespart hätte. Das ist die Bilanz der Ampel bei den CO₂-Einsparungen. Dabei muss es doch darum gehen, CO₂ effizient einzusparen und nicht möglichst teuer. Das hat die Ampel wohl nicht verstanden.





Rede im Bundestag: Ampel will Klimaschutzgesetz aufweichen

Das aufgeweichte Klimaschutzgesetz ist der reinste Offenbarungseid dieser „Fortschrittskoalition“. Es soll nicht mehr in jedem einzelnen Sektor gemessen, gewertet und nachgesteuert werden. Das ist aber der falsche Weg. Denn die bisherige Regelung hat sich bewährt.

Keine Sektorziele mehr, keine jährlichen Sofortprogramme mehr bei Zielverfehlung. Erst nach zweimaligem Reißen der Klimaziele sollen perspektivisch mehr Anforderungen kommen. Das aber reicht nicht, um das Klimaziel zu erreichen. Die Ampel verschiebt damit den Klimaschutz auf den Sankt-Nimmerleins-Tag.



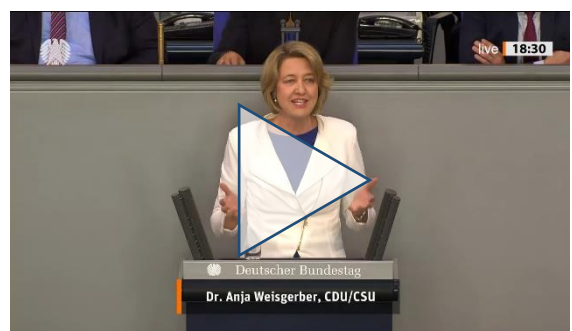
Die ganze Rede können Sie hier anschauen:

https://youtu.be/vG1_Mw4OPYM?si=BzFHelGKpx94wAyZ

Rede im Bundestag: Haushalt 2024 des Bundesumweltministeriums

In der Umweltdebatte der Haushaltsberatungen 2024 im Deutschen Bundestag habe ich als umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion auf die Rede von Umweltministerin Lemke geantwortet: Im Getriebe der Ampelkoalition knirscht es gewaltig. Kaum ein Gesetz erblickt das Licht der Welt, ohne dass es nicht zuvor bereits zwischen den Fronten in der Koalition zerrieben wurde. Die Gesetze sind inhaltlich schlecht und die Verfahren dazu sind unterirdisch – Stichwort „Heizungsgesetz“.

Für mich als Klimapolitikerin ist es auch absolut unverständlich, dass wir die letzten drei Kernkraftwerke abgeschaltet haben und deshalb auf schwimmende Ölkraftwerke und Kohlekraftwerke setzen müssen. Das macht klimapolitisch keinen Sinn. Ich kann uns allen nur wünschen, dass uns weitere Fehlentscheidungen der Abstiegskoalition erspart bleiben. Das, was die Menschen in unserem Land jetzt brauchen, ist ein klarer Kompass, und den lässt die Bundesregierung vermissen.



Die ganze Rede können Sie hier anschauen:

<https://youtu.be/ARNF2fB0khY?si=R8nl-HOwaaffBEb1>



Gesetzentwurf für dauerhaft reduzierte Mehrwertsteuer für Speisen

Wirtshausbesuche müssen bezahlbar bleiben

Wirtshäuser sind mehr als nur Essen und Trinken. Sie sind insbesondere bei uns im ländlichen Raum Kulturgut und Ort des Zusammenkommens und Zusammenhalts – für Familienfeiern genauso wie für viele Vereine und Verbände. „Der Besuch im Wirtshaus darf nicht zum Luxus werden“, erklärt die CSU-Bundestagsabgeordnete Anja Weisgerber. „Wir stehen an der Seite der Gastronomen und fordern deshalb die 7 Prozent Mehrwertsteuer über das Jahresende hinaus. Damit wir das erhalten, was unser Land und unsere Region lebens- und liebenswert macht. Wirtshäuser müssen weiter wichtige Bestandteile unseres gesellschaftlichen Lebens bleiben.“

Dazu hat die Unionsfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes im Deutschen Bundestag eingebracht, der am heutigen Donnerstag abgestimmt und von der parlamentarischen Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP abgelehnt wurde. „Schon jetzt ächzen viele Gastronomen unter gestiegenen Lebensmittel-, Energie- und Personalkosten“, so die Abgeordnete nach der Abstimmung. „Es ist daher vollkommen unverständlich, dass die Ampel unseren Gesetzentwurf ablehnt. Damit nimmt sie bewusst eine Steuererhöhung zum Beginn des neuen Jahres in Kauf. Dies führt zu enormen Belastungen für die Betriebe und für die Gäste zu weiteren Preisanstiegen. Das kann doch nicht im Sinne der Ampel sein.“

Aber nicht nur die klassische Gastronomie profitiert von dem reduzierten Mehrwertsteuersatz, sondern auch die Verpflegung in Kitas und Schulen sowie an Mensen ist betroffen. „Als

Mutter von zwei Kindern unterstütze ich die Forderung nach einem dauerhaft reduzierten Steuersatz weiterhin. Denn die Verpflegung in den Bildungseinrichtungen ist wichtig und eine Verteuerung betrifft nahezu jede Familie in Deutschland“, so Weisgerber weiter.

Um die Wettbewerbs- und Überlebensfähigkeit der Gastronomie darüber hinaus zu stärken, hat die CDU/CSU-Fraktion kurzfristig einen Entschließungsantrag eingebracht, der unter anderem flexiblere Arbeitszeitmodelle gefordert hat. Auch dieser wurde von der Ampelmehrheit abgelehnt.

Die Gastronomie braucht weiterhin Hilfe

„Gastro-Steuer
sieben Prozent
dauerhaft – jetzt!
Nur so hat die
Branche eine
Chance, zu
überleben!“

DR. ANJA WEISGERBER
ANWÄLTIN MIT HERZ FÜR UNSERE HEIMAT

CSU
Näher am Menschen



Lieblingsbusfahrerin 2023

Auszeichnung für Sabrina Altieri aus Wiesentheid

Sabrina Altieri von der Firma BusClassic GmbH in Wiesentheid wurde in Berlin als „Lieblingsbusfahrerin 2023“ ausgezeichnet. Am Tag darauf wurde die 29-jährige Gewinnerin sowie Matthias Müller vom Wiesentheider Busunternehmen von der Wahlkreisabgeordneten Anja Weisgerber sowie dem Bundestagsabgeordneten Henning Rehbaum, Vorsitzender des Parlamentskreis Bus, im Bundestag



empfangen. Bei einem gemeinsamen Gespräch haben sich die Abgeordneten mit den Gästen über die aktuelle Situation im Personennahverkehr ausgetauscht.

„Es ist schön, wenn Menschen wie Sabrina Altieri, die Freude an ihrer Arbeit haben, gewürdigt werden. Die Arbeit, die Busfahrerinnen und Busfahrer leisten, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Sie tragen Sorge dafür, dass am Tag zahlreiche Menschen sicher und pünktlich an ihr Ziel kommen und übernehmen damit große Verantwortung“, so Weisgerber. Dass die neu ernannte Lieblingsbusfahrerin die Menschlichkeit im Berufsalltag nicht vergisst, zeigt sich auch in den Geschichten, die Fahrgäste

über sie erzählen. So wartet Sabrina Altieri gerne auch mal wenige Minuten länger, wenn Stammgäste fehlen, und zeigt sich gerade bei älteren Fahrgästen herzlich und hilfsbereit. „Das ist nicht selbstverständlich“, betont Weisgerber. Der Wettbewerb „LieblingsbusfahrerIn 2023“ ist eine gemeinsame Initiative des Fahrgastverbands PRO BAHN, der DB Regio Bus, dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV).

In Deutschland sind täglich rund 100.000 Busfahrerinnen und Busfahrer auf den Straßen im Einsatz, jedes zweite Unternehmen gibt an, den Betrieb 2022 aus personellen Gründen zumindest zeitweilig eingeschränkt zu haben. Bis 2030 werden bis zu 6.000 Fahrer jährlich im Öffentlichen Personennahverkehr in den Ruhestand gehen. Deshalb richtet der Abgeordnete Henning Rehbaum halbjährlich einen runden Tisch zum Thema „Fachkräftemangel im Verkehrssektor“ aus. Den letzten Termin Anfang August dieses Jahres haben über 50 Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Verbandsvertreter aus dem Verkehrsbereich wahrgenommen.



Sabrina Altieri sieht vor allem private, kleinere Verkehrsbetriebe bedroht. Hier fällt es im Wettbewerb mit großen Unternehmen oft schwer, mitzuhalten und den eigenen Mitarbeitern trotzdem angemessene Bezahlung anbieten zu können. „Die Not ist groß, die Unternehmen fühlen sich von der Politik der Ampel vergessen und ignoriert“, betont Anja Weisgerber. Dabei gäbe es durchaus Punkte, an denen man den Hebel unkompliziert ansetzen könnte. So setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, dass Berufskraftfahrerqualifikationen mehrsprachig erlangt werden können und günstiger angeboten werden. Auch die automatische Anerkennung von Führerscheinen bei Fachkräften aus bestimmten Ländern wäre eine Möglichkeit. Ebenfalls positiv könnte sich eine Herabsetzung des Mindestalters für Busfahrer und Busfahrerinnen auswirken.

Die Preisträgerin selbst wünscht sich, zumindest regional mit ihrer Auszeichnung den Beruf des Busfahrers attraktiver machen zu können sowie die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Probleme im Personenverkehr zu lenken. „Wir müssen junge Leute für das Busfahren begeistern. Dazu braucht es in der Öffentlichkeit mehr Präsenz für unseren Beruf, aber auch die politische Aufmerksamkeit für die Probleme, mit denen wir zu kämpfen haben. Mit Zufriedenheit und Leidenschaft sind wir als Fahrer die perfekte Werbung, dass Verantwortung und Sicherheit Spaß machen können und sich auszahlen“, so Sabrina Altieri. Anja Weisgerber freut sich sehr, dass eine der Lieblingsbusfahrerinnen aus ihrem Wahlkreis kommt. Und die Abgeordnete ist sich sicher: „Mit ihrer Begeisterung für ihren Beruf bringen Menschen wie Sabrina Altieri unsere Gesellschaft – im wahrsten Sinne des Wortes – voran.“

Bundshaushalt 2024

Aus kommunaler Sicht enttäuschend

Der Entwurf zum Haushaltsplan 2024 ist aus kommunaler Sicht eine Enttäuschung. Mit dem Haushaltsplanentwurf hemmt die Bundesregierung die Integrationsbemühungen der Kommunen. Die Kommunen brauchen dringend mehr Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise – jetzt ist ein guter Zeitpunkt, nochmals wenigstens eine Milliarde Euro bereitzustellen.

Zudem gefährdet die Bundesregierung die Zielstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse: Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sollen gekürzt werden, die Mittel der Städtebauförderung sollen gekürzt werden – ebenso Mittel zur telemedizinischen Versorgung und der Kulturförderung. All das geht in erster Linie zulasten der Kommunen in dünn besiedelten ländlichen Räumen. Damit setzt die Bundesregierung ihre Urbanisierungsstrategie fort, statt das Leben in ländlichen Räumen attraktiver zu machen. Um das Leben auf dem Land attraktiv zu machen, braucht es auch eine gute kommunale Infrastruktur. Voraussetzung dafür sind solide Kommunalfinanzen. Die Ampelkoalition belastet die Kommunalfinanzen allein durch die in der ersten Hälfte der Wahlperiode verabschiedeten Gesetze jährlich mit mehr als vier Milliarden Euro – Tendenz weiter steigend. Die Bundesregierung will bestellen aber nicht bezahlen. Die Kommunen können sich die Maßnahmen der Ampelpolitik nicht mehr leisten.

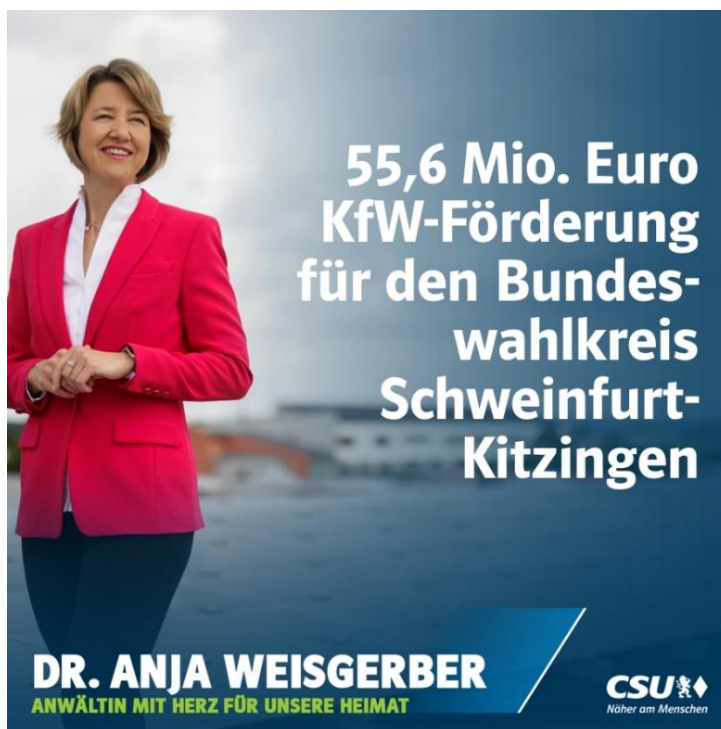


Hohe Förderung im Bundeswahlkreis

55,6 Millionen Euro KfW-Förderung

Im ersten Halbjahr 2023 förderte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als Förderbank des Bundes und der Länder die Stadt Schweinfurt sowie die Landkreise Schweinfurt und Kitzingen mit insgesamt 55,6 Millionen Euro Fördergeldern. „Damit investiert die KfW weiterhin in die Innovationskraft unserer Region sowie in die Energieeffizienz und stärkt damit die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger unserer Region“, freut sich Weisgerber über die jüngst veröffentlichten Daten.

Der größte Anteil der Förderung machte mit 37,8 Millionen Euro der Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien aus. Im Bereich des privaten Wohneigentums wurden insgesamt 78 Projekte mit einem Fördervolumen von 11,6 Millionen Euro gefördert, darunter 4,1 Millionen Euro für über



das KfW-Wohneigentumsprogramm, von dem 44 Haushalte profitiert haben. „Bei all den positiven Nachrichten, schlägt das Ende des Baukindergeldes deutlich zu Buche. Während im vergangenen Jahr noch der Bau oder Erwerb von 264 Eigenheimen oder Eigentumswohnungen gefördert wurde, waren es im ersten Halbjahr 2023 bisher nur 44,“ erklärt die CSU-Bundestagsabgeordnete.

Das Baukindergeld wurde 2018 von der unionsgeführten Bundesregierung eingeführt, nachdem Weisgerber die CSU-Initiative erfolgreich in den Koalitionsverhandlungen 2017 durchsetzen konnte. „Hunderttausende Familien konnten sich mit dem Baukindergeld den Traum von

den eigenen vier Wänden erfüllen. Bedauerlicherweise hat die Ampel-Regierung dieses Erfolgsprojekt abgeschafft und das Nachfolgeprogramm kann, wie die Zahlen zeigen, nicht an den Erfolg des Baukindergeldes anknüpfen“, erklärt die CSU-Bundestagsabgeordnete. Weiterhin kündigt sie an, dass die Union sich weiterhin für Rahmenbedingungen stark machen werde, die Familien den Traum vom Eigenheim auch in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten ermöglichen.

Unternehmen in Schweinfurt und Kitzingen bekamen im ersten Halbjahr insgesamt 10,3 Millionen Euro KfW-Förderungen für Unternehmensinvestitionen und Gründungen. Kommunen in der Region erhielten insgesamt 7,9 Millionen Euro im Rahmen der Soforthilfe Gas und Wärme.



Anja Weisgerber bei Tag der Heimat

Seit 1950 erinnert der „Tag der Heimat“ an die Vertreibung und Flucht Millionen Deutscher am Ende des Zweiten Weltkriegs. Die zentrale bayerische Gedenkfeier des Bund der Vertriebenen fand in diesem Jahr in Kitzingen statt. Schon 1950 haben die Heimatvertriebenen die Hand zur Versöhnung in einem geeinten Europa ausgestreckt. Damit haben die deutschen Vertriebenen den „Tag der Heimat“ zu einem Tag der Hoffnung gemacht. Die Heimatvertriebenen sind zu Botschaftern der Versöhnung geworden. Vielen Dank an den Kreisverband des BdV rund um Albina Baumann für die Ausrichtung dieser Veranstaltung.



Besucherguppe in Berlin

Zum Start der Sitzungswochen nach der parlamentarischen Sommerpause habe ich Besuch aus meinem Wahlkreis bekommen und mich sehr darüber gefreut. Wir konnten über meinen politischen Alltag und aktuelle Themen sprechen. Als Anwältin für meine Heimat bin ich auch in Berlin für Bürgerinnen und Bürger immer erreichbar. Der Austausch ist mit sehr wichtig. Neben dem Besuch im Bundestag stand für die Gruppe auch eine Stadtrundfahrt, ein Besuch der Gedenkstätte Hohen Schönhausen, die Teilnahme am ZDF-Morgenmagazin sowie die Besichtigung der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes auf dem Programm.



10. Fränkisches Oktoberfest

Das 10. Fränkische Oktoberfest der Frauen-Union Schweinfurt Land und der CSU Schweinfurt-Land fand traditionell zum Auftakt der Münchner Wiesn statt. Im Gemeindezentrum Niederwerrn begrüßten sie als Ehrengast unseren Freund Manfred Weber, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei und der EVP-Fraktion. Mit seiner kurzweiligen und informativen Festrede hat er den gesamten Saal in seinen Bann gezogen. Gemeinsam mit Landtagskandidatin Martina Gießübel und Bezirksrat Stefan Funk wurde auch ein Blick auf die bevorstehenden Wahlen geworfen. Vielen Dank an die Mädels der FU für diesen stimmungsvollen Abend.





Haustürwahlkampf und CSU-Infostände

Wahlkampf-Impressionen

In den letzten Wochen bin ich viel Unterwegs bei CSU-Infoständen oder gehe mit den Kandidatinnen und Kandidaten aus Haustürwahlkampf. Denn für uns ist klar: Ein starkes Bayern gibt es nur mit einer starken CSU. Deshalb: Bei der Landtagswahl sowie der Bezirkstagswahl am 8. Oktober oder vorab per Briefwahl alle Stimmen für die CSU. Damit Bayern stark und stabil bleibt.





CSU-Parteitag in München

Weisgerber wieder im CSU-Parteivorstand

Mit einem neu gewählten Parteivorstand, maximaler Geschlossenheit und absoluter Entschlossenheit geht die CSU in die letzten zwei Wochen des Landtagswahlkampfes. Unser Parteivorsitzender Markus Söder erhielt mit einem Rekordergebnis von 96,5 Prozent Rückenwind für den Endspurt. Söder stellte klar: „Diese Wahl ist eine wichtige Weichenstellung für Bayern und ein starkes Signal für Berlin. Nur wir als CSU sind die Stimme Bayerns in Deutschland!“ Scharf griff Söder die Ampel und die Grünen an: „Wir fordern die Ampel auf, sich endlich wieder mehr um die normalen Leute und die Normalverdiener zu kümmern! Für uns ist klar: Die Grünen haben kein Bayern-Gen, die Grünen passen nicht zu Bayern, es wird nach dem 8. Oktober kein Schwarz-Grün in Bayern geben.“



Auch der gesamte CSU-Parteivorstand wurde neu gewählt, dem Anja Weisgerber erneut angehört. „Über das gute Ergebnis und den Vertrauensbeweis der Delegierten habe ich mich sehr gefreut. Die große Stärke in der CSU sind die vielen Ehrenamtlichen an der Basis, die sich mit viel Kompetenz und Leidenschaft einbringen. Diesen Schatz möchte ich weiter heben“, so Weisgerber.

Mehr zum Parteitag im aktuellen CSU-Direkt:

https://www.csu.de/common/download/CSU-Direkt_Parteitag_2023-09-23.pdf

Haben Sie Fragen oder Anregungen?

Ich freue mich über Ihren Brief, Ihre E-Mail oder Ihren Anruf.

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Tel.: 030 227-79344

Fax: 030 227-76343

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schweinfurt-Kitzingen

Karl-Götz-Str. 17

D-97424 Schweinfurt

Tel: 09723 934370

Fax: 09723 934385

E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

→ Klicken Sie auf die Symbole, und Sie gelangen zu meinen Profilen in den sozialen Medien.



Bildnachweis: Titel Tobias Koch (Portrait); S. 2 Büro MdB Weisgerber (Schäfer), WeltTV (Screenshot), ServusTV (Screenshot); S. 3 CDU/CSU-Fraktion (Zuwanderung); S. 4 Pixabay (Bau); S. 5 Tobias Koch (Kachel); S. 6 DBT (Screenshots); S. 7 Tobias Koch (Gastro); S. 8 Büro MdB Weisgerber (Busfahrerin); S. 10 Tobias Koch (Kachel); S. 11 Büro MdB Weisgerber (Tag der Heimat, Besuchergruppe), CSU Schweinfurt-Land (Oktoberfest); S. 12 CSU BWK Schweinfurt-Kitzingen (alle); S. 13 CSU BWK Schweinfurt-Kitzingen (Parteitag)